

Nationale Wahlen

SP-Kandidierende als soziale Stimme

Im Rahmen des ordentlichen Parteitag am 12. Mai 2015 in Baar beschlossen die SP-Mitglieder, mit fünf vollen Mitgliedern in die Nationalratswahlen zu steigen sowie mit einer Kandidatur im Ständerat anzutreten.

PD/LF - Auf der Hauptliste der SP für den Nationalrat kandidieren Hubert Schuler (Hünenberg) und Christina Bürgi Dellsperger (Risch), unterstützt durch Rupan Sivaganesan (Zug).

Huber und Dellsperger

Hubert Schuler, seit 2007 im Kantonsrat, setzt sich für eine faire und offene Schweiz ein und dafür, dass die Schweiz nicht nur für Privilegierte, Reiche und Firmen lebenswert ist. Er hat sich in den Bereichen Soziales und Bildung, Gesundheit, Umwelt und Raumplanung besonders hervorgetan. Die zweite Hauptkandidatur, Christina Bürgi Dellsperger, bringt durch ihre Tätigkeit als Diplomatin eine breite und vielfältige internationale Vernetzung mit. Ihre Hauptkompetenzen liegen in den Bereichen Finanzen, Wirtschaft, Energie und Umwelt, Bildungs- und Genderfragen.

Unterlisten

Die Geschäftsleitung beantragte zudem vier Unterlisten, die alle gefüllt präsentiert werden konnten. Die SP-Mitglieder beschlossen wei-

ter die Unterlisten «SP-Frauen», «SP-Männer» und «SP-MigrantInnen» und verabschiedeten die Unterlistenvereinbarung mit der Tochterpartei Juso. Für die SP Frauen heissen die Kandidatinnen Simone Hutter (Baar), Malaika Hug (Baar) und Anne Mäder (Zug). Für die SP Männer steigen Zari Dzaferi (Baar), Fabian Freimann (Cham) und Guido Suter (Walchwil) ins Rennen. Auf der SP-Migrantenliste stellen sich Sehriban Sönmez (Menzingen), Fadila Coralic (Zug) und Deniz Simsek (Zug) zur Wahl. In der eigenständigen, bereits erfolgten Juso-Nominierung kandidieren Virginia Koepfli (Hünenberg), Denis Krasnici (Baar) und Anna Spescha (Zug). Für den Ständerat stellt sich die Parteipräsidentin der SP und Kantonsrätin Barbara Gysel zur Verfügung.

Listenverbindung

Ebenfalls beschloss der Parteitag einstimmig mit einer Enthaltung die Listenverbindung mit den Alternativen-die Grünen.

«Für alle statt für wenige»

Auf inhaltlicher Ebene will sich die SP «für alle statt für wenige», für eine solidarische und offene Schweiz einsetzen. Schwerpunkte sollen insbesondere in den Bereichen sichere Renten, faire Löhne, bezahlbarer Wohnraum und der Gleichstellung von Frau und Mann liegen.

Schulraumplanung Menzingen

An der Gemeindeversammlung Menzingen ist die Schulraumplanung ein wichtiges Traktandum. Die Interpellation der Alternative-die Grünen wird beantwortet, der Gemeinderat berichtet darüber hinaus über das weitere Vorgehen. Den Gemeinderatsbeschluss vom 27. April 2015, die Schliessung der Aussenschule Finstersee im Rahmen der Schulraumplanung nochmals zu überdenken und in einem Mitwirkungsverfahren auch Alternativen zur Schulschliessung zu prüfen, begrünnen wir sehr. Damit können einige Anliegen der Alternative-die Grünen, welche unter anderem thematisch in die Interpellation eingebunden waren, neu aufgenommen werden: Mitwirkung der Bevölkerung und Schulkommission und damit die Berücksichtigung der Faktoren wie Dorfidentität, gesellschaftliche Verankerung mit und ohne Schule im Dörfli. Orts- und Schulraumplanung, die nebst den Finanzen noch andere gesellschaftliche Werte gewichtet. Die Aussenschule Finstersee ist kein kleines Puzzlestück in der Schulraumplanung, sie muss auch in einer politischen Dimension wahrgenommen werden. Da wir in unserer Interpellation vor allem auch Fragen zum demokratischen und fachlich abgestützten

Verfahren und der Nachvollziehbarkeit der bisherigen Entscheide des Gemeinderates stellten, kommen aus der Vorversammlung der Partei zur Zeit auch weitere Fragen und Anliegen auf, welche die nunmehr wieder offene Schulraumplanung und das weitere Vorgehen des Gemeinderates betreffen: Welche Ziele verfolgt die neue Begleitgruppe im Mitwirkungsverfahren, was ist ihre Aufgabe, was gehört nicht dazu? Auf welchen Angaben und Kenntnissen baut die weitere Arbeit? Wird der bisherige Planer Christoffel aus seinen Berichten die Informationsgrundlage weitergeben, übergeben oder die Gruppe weiterhin begleiten? Wird eine externe Fachperson beigezogen? Mit den Erkenntnissen zu den bisherigen Abläufen sprechen sich Alternative-die Grünen auch für eine saubere Trennung der Arbeit des Gemeinderates und der Planungsgruppe aus, in Bezug auf klare Strukturen. Es soll keine Mehrheit des Gemeinderates in der Planungsgruppe vertreten sein, die für die Diskussion und Entscheidungsfindung im Gemeinderat dann wiederum die gleiche Mehrheit darstellt. Eine solche Konstellation gibt wenig Gewähr für demokratische Prozesse.

Marianne Aepli, Menzingen

Gefährdete Arbeitsplätze

SVP Die Weiterexistenz vieler KMU wäre bedroht

Am 14. Juni 2015 stimmen die Schweizer über die Erbschaftsteuer-Initiative ab. Diese will Erbschaften von über zwei Millionen Franken auf Bundesebene mit einem Steuersatz von 20 Prozent besteuern.

Von Karl Nussbaumer

Über 80 Prozent der Firmen sind in Familienhand. Diese würden besonders stark unter der Erbschaftsteuer leiden. Denn gerade Familienbetriebe sind auf hohes Eigenkapital und damit hohe Vermögen angewiesen. Das meiste Geld steckt bei ihnen direkt im Betrieb. Das Eigenkapital wird vor allem für Innovationen, Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt. Barvermögen, wie es zur Begleichung der Steuer nötig wäre, ist in den meisten Betrieben nur wenig vorhanden. Hat der Unternehmer das Geld nicht, um die Steuer zu begleichen, ist er gezwungen, einen Kredit aufzunehmen, auf Investitionen zu verzichten oder



Bild: ZW-Archiv

Karl Nussbaumer, Kantonsrat und Vizefraktionschef, SVP Menzingen.

schlimmstenfalls gar das Unternehmen oder zumindest Teile davon zu verkaufen. Das ist weder gerecht noch nachhaltig. Neben Un-

ternehmern und Erben sind auch die Arbeitnehmenden in Familienunternehmen direkt von der Erbschaftsteuer-Initiative betroffen. Für Unternehmen sehen die Initianten zwar Steuererleichterungen vor, diese sind aber bei genauem Hinsehen an strenge Auflagen geknüpft. Um von Ermässigungen zu profitieren, müssen die Erben den Betrieb während mindestens zehn Jahren weiterführen. Während dieser langen Sperrfrist haften sie für die 20 Prozent der Steuer. Die Attraktivität, eine Familienfirma zu übernehmen oder in Familienhand zu lassen, sinkt bei Annahme der Initiative. Längerfristig führt dies zu einer Veränderung der Schweizer Wirtschaftsstruktur. Die Anzahl bewährter Familienunternehmen mit traditionell sicheren Arbeitsplätzen nähme zugunsten von nicht familiengeführten Unternehmen ab. Stimmen auch Sie Nein zur schädlichen Erbschaftsteuer, welche viele KMU in ihrer Existenz bedroht. Danke.

Erbschaftsteuer schadet

GLP Die Linken schiessen mit ihrer Initiative am Ziel vorbei

Es ist eine Binsenwahrheit, dass die zahlreichen KMU das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft bilden. Zusammen mit den Grossbetrieben sind sie für den Löwenanteil der Wertschöpfung und somit für den hohen Lebensstandard der hiesigen Volkswirtschaft verantwortlich.

Von Martin Kammermann

Am 14. Juni 2015 dürfen wir wieder einmal über ein linkes Anliegen abstimmen. Erneut verwenden die Linken dabei ihre alten Argumente aus der Mottenkiste und wollen für Steuergerechtigkeit sorgen. Abgesehen davon, dass die Linken den Begriff «Gerechtigkeit» mit «Gleichheit» übersetzen und somit am liebsten in typisch klassenkämpferischer Manier alle Bessergestellten stärker zur Kasse bitten möchten, hinkt dieses Anliegen gleich mehrfach. Erstens wird wiederum an der kantonalen Steuerhöhe geritzt. Wie schon bei anderen Gelegenheiten soll hier eine weitere Steuer auf Bundesebene



Bild: z.V.g.

Martin Kammermann, GLP Risch.

eingeführt werden. Man kann es aber drehen und wenden, wie man will. Gerade der Föderalismus und damit einhergehend der Steuerwettbewerb haben dafür gesorgt, dass die Steuerquote im internationalen Vergleich gering geblieben ist. In Anbetracht der Tatsache, dass

andere Budgetbereiche eines Haushalts, wie beispielsweise die Krankenkassenprämien, immer mehr kosten, ist dies ein nicht unwesentlicher Faktor. Die Kantone wissen selber besser, ob und wie sie Erbschaften besteuern. Zweitens würde diese Steuer die Nachfolgeregelung von unzähligen Klein- und Mittelbetrieben unnötig erschweren, wenn nicht gar verunmöglichen. Es ist eine Binsenwahrheit, dass die zahlreichen KMU das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft bilden. Zusammen mit den Grossbetrieben sind sie für den Löwenanteil der Wertschöpfung und somit für den hohen Lebensstandard der hiesigen Volkswirtschaft verantwortlich. Durch die Einführung der nationalen Erbschaftsteuer wird der Wirtschaftsstandort Schweiz ein weiteres Mal unnötig attackiert, und dies ohne erkennbaren Mehrwert. Im Gegenteil. Der Schaden wäre grösser als der hypothetische Nutzen, den sich die Linken ausmalen. Aus dieser Optik kann man eigentlich nur Nein stimmen.

Gründungsfest der JCVP

ZUG Die junge Partei lädt die Zuger Bevölkerung ein

Die Junge CVP feiert im Juli ihre Gründung und lädt zu diesem Anlass die Zuger Bürger zu einem gemütlichen Abendessen am See ein.

PD/LF - Formal existiert die jüngste der Zuger Parteien bereits seit vergangenem Januar. Doch das Gründungsfest steht noch vor der Tür. Die Vorbereitungszeit hat man offenbar genutzt und nun lädt die Junge CVP die Zuger Bevölkerung zu einem gemütlichen Festabend



Bild: z.V.g.

Am 3. Juli lädt die JCVP ein.

beim Siehbachsaal ein. Die Partei freut sich, auf zahlreich erscheinende Gäste, und heisst am 3. Juli 2015 auch JCVP Parteipräsident Jean-Pascal Ammann, CVP Parteipräsident Christophe Darbellay und viele weitere spannende Gäste willkommen. Der Sommerabend beginnt um 19 Uhr. Weitere Informationen zum Anlass sowie die Möglichkeit, sich unverbindlich anzumelden, finden sich auf der Homepage der Jungpartei unter www.jcvp-zug.ch.

